

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 122 (1995-1996)
Heft: 12

Artikel: Revolution im Gesundheitswesen
Autor: Liebi, Erich / Aksoy, Arifé
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-601634>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Revolution im Gesundheitswesen

Dem Bundesrat ist der Kragen geplatzt: Er militarisiert das Gesundheitswesen, um die Krankenkassenprämien radikal zu senken.

VON ERICH LIEBI (TEXT)
UND ARIFE AKSOY (ILLUSTRATION)

Schwere Unruhen und Massenkundgebungen im ganzen Land befürchtet der Bundesrat, nachdem die Krankenkassen ihre Drohung wahrgemacht haben, an der massiven Verteuerung der 1997er-Prämien festzuhalten. Der Bundesrat schätzt die Lage als «äusserst explosiv» ein und hat auf den 6. Dezember die Bundesversammlung zu einer Dringlichkeitssitzung einberufen.

National- und Ständerat werden auch über eine Teilmobilmachung der Armee zu befinden haben. Denn nach Erkenntnissen der Polizei haben sich zahlreiche lokale Widerstandsgruppen gebildet, die zu Prämienboykotten aufrufen und lokale Kassenfunktionäre mit Faxbriefen und Telefonanrufen massiv an Leib und Leben bedrohen.



Und für den 13. Dezember 1996, es ist ein Freitag, ist bekanntlich ein Marsch nach Bern mit einer Massenkundgebung um 11 Uhr auf dem Bundesplatz geplant. Die verschiedenen krawallartigen Zwischenfälle der letzten Wochen vor den Niederlassungen einzelner Krankenkassen liessen im Hinblick auf den 13. Dezember «nichts Gutes» erwarten, erklärte Gesundheitsministerin Ruth Dreifuss. Inzwischen müsse von einer regelrechten Massenbewegung gegen die Krankenkassen gesprochen werden. Weite Teile der Bevölkerung seien «einfach nicht mehr bereit», für die Gesundheit immer mehr zu bezahlen.

IN IHRER LAGEBEURTEILUNG STELLT die Bundesrätin «besorgt» fest, die Situation habe sich Mitte November dramatisch zugespitzt, als «aufgrund einer Panne» die Sonntags-Zeitung eine geheime Repräsentativstudie des Bundesamtes für Gesundheitswesen BAG in die Hände bekam und publizierte.

Tags darauf wurden in der gesamten Schweizer Medienlandschaft die niederschmetternden Ergebnisse der Studie kommentiert: 75 Prozent der Schweizer sind heute im Durchschnitt 15 bis 35 Prozent weniger gesund als vor fünf Jahren, während sich gleichzeitig die Ausgaben für das Gesundheitswesen verdoppelt haben. Diese Zahlen, so Dreifuss, seien von den Medien «verzerrt» wiedergegeben worden, wodurch der Eindruck entstanden sei, für immer mehr Geld gebe es immer weniger des begehrten Konsumgutes Gesundheit zu kaufen.

ALS SOFORTMASSNAHME BEANTRAGT der Bundesrat dem Parlament, das Gesundheitswesen zu militarisieren. In ihrer Begründung fährt die Landesregierung dem Zürcher Tages-Anzeiger ganz massiv an den Karren. Der stellvertretende Chefredaktor Hanspeter Bürgin habe mit seinem Kommentar vom 25. Oktober unter dem Titel «Mir reicht's!»

unverblümt zum Widerstand gegen die Krankenkassen aufgerufen. So sei es nicht verwunderlich, dass sich im Grossraum Zürich eine Anti-Krankenkassen-Front zu bilden begonnen habe. Der

«Die Lage hat sich dramatisch zugespitzt», erklärt der Bundesrat.

Bundesrat vermutet eine eigentliche Aktions-Kampagne «gewisser Medien», wie man sie bereits im Falle des Flughafens Genf kenne, als die Swissair bekanntgab, die meisten Interkontinentalflüge ab Genf streichen zu wollen. Als klares Indiz für eine «orchestrierte Kampagne» der Medien beider Seiten des Röstigrabens wertet der Bundesrat ausserdem die Tatsache, dass der Kommentar von Hanspeter Bürgin «wenig später» von Jacques Pillet im Nouveau Quotidien «in verschärfter Form» übernommen worden sei.

EINE VERANTWORTUNGSBEWUSSTE Information der Bevölkerung zum Thema Gesundheit und Krankenkassen sei unter diesen Umständen nicht mehr möglich, weshalb der Bundesrat beschlossen hat, als «erste Massnahme» die renitenten Journalisten aus ihren Redaktionsstuben zu holen und in den Aktivdienst einzuberufen. Zwangsweise leisten die Journalisten jetzt im Kampfanzug und für einen Sold von ein paar Franken Aktivdienst in der Abteilung für Presse und Funkspruch APF.

Diese Medientruppe der Schweizer Armee, erkennbar an den schwarzen Achselpatten ohne Aufschrift, soll die Bevölkerung «rasch und objektiv» über das hochsensible Thema Krankenkassenprämien informieren und zu Besonnenheit aufrufen. Im Hinblick auf die Militarisierung des gesamten Gesundheitswesens und die Teilmobilmachung der Armee sei «eine sachgerechte und emotionsfreie Information der Öffentlichkeit» absolut unerlässlich, erklärte die Landesregierung in Bern.

In den geheimen TV-Studios unter dem Bundeshaus produziert die APF jetzt Sendungen, die auf Schweiz 4 ab nächstem Montag gesendet werden:



Charles Clerc präsentiert im Kämpfer die Nachrichten, Matthias Hüppi moderiert auf der Kampfbahn eine Sendung unter dem Titel «Gesund durch Sport», und der Produzent von «Fascht e Familie», Christian Ledergerber, dreht die mora-

lisch aufbauende Sitcom «Prämiezahle isch luschtig». Ausserdem sind APF-Nachrichten auf dem reaktivierten Mittelwellen-Sender Beromünster sowie

Zeitungen in allen vier Landessprachen geplant. Von den regulären Truppen sollen in erster Linie die Sanitäts-, Luftschutz-, Versorgungs-, Transport- und Übermittlungseinheiten aufgebildet werden. Arbeitslose werden generell dienstverpflichtet und in Schnellkursen für Hilfsdienste ausgebildet. Je nach Entwicklung der Lage werden auch Polizei- und Kampftruppen mobilisiert, um Ruhe und Ordnung sowie den Schutz gefährdeter Einrichtungen zu gewährleisten.

WENN DIE BUNDESVERSAMMLUNG dem Antrag zur Militarisierung zustimmt, werden die Kosten des Gesundheitswesens «rasch und massiv sinken», heisst es in der bundesrätlichen Botschaft. Insbesondere Spitzenverdiener

wie Chefärzte, Chirurgen, Spital- und Krankenkassendirektoren müssen ihre Gürtel enger schnallen. Sie werden sich mit dem nicht gerade üppigen Sold der Schweizer Armee und dem Erwerbsersatz der AHV zufriedengeben müssen.

Armeepferde werden als Krankenwagen ein- gesetzt, notfalls sogar mit Blaulicht...

Ausserdem werde – wie im Armeesanitätsdienst üblich – keine «Luxusmedizin betrieben», sondern aufgrund strenger Triage nur das wirklich Lebensnotwendige getan. Den Krankentransport übernehmen Train-Soldaten, deren Pferde eine Satteldecke vom Schweizerischen Roten Kreuz erhalten. Für Notfälle könnten die Pferde mit Blaulicht und Sirene ausgerüstet werden.

Die Verpflegung der Patienten werde ebenfalls «nach Armeerichtlinien» erfolgen. Die Erfahrungen der Armee hätten gezeigt, dass der Wille zur Heilung und damit zur baldigen Entlassung aus dem Militärspital bei Büchsenfleischkäse und Militärbisquits viel höher sei als bei einem zarten Trutenschnitzel und feinem Schoggi-Mousse im Zivilspital.

Die Krankenkassen werden für die Dauer der Militarisierung stillgelegt, das Abrechnungs- und Kontrollwesen wird vom Bundesamt für Gesundheitswesen

und dem Oberkriegskommissariat gewährleistet. Ähnlich wie im Krieg die Nahrungsmittel rationiert wurden, sieht der Bundesrat vor, die ärztlichen Dienste zu rationieren. Eine persönliche Chipkarte mit einem Gesundheitsguthaben werde an die Bevölkerung abgegeben. Wer es aufgebraucht habe, könne entweder beim BAG einen «Nachtrag» kaufen, bzw. nicht benutzte Guthaben anderer Personen auf seine Karte übertragen.

FÜR DIESEN AKTIVDIENST WILL DER Bundesrat keinen General wählen lassen. Da es sich nicht um einen kriegsbedingten Einsatz der Armee handle, könne das Oberkommando durchaus auch einer Frau übertragen werden. Vorgeschlagen für den Job an der Armees(r)itze wird Gesundheitsministerin Ruth Dreifuss.

Der Bundesrat geht davon aus, dass die Militarisierung des Gesundheitswesens und die entsprechenden Truppenaufgebote mindestens sechs Monate dauern werden. Die Rationierung soll gleich definitiv eingeführt werden, da sie dem Prinzip gerecht werde wonach Gesundheit ein kostbares und nicht beliebig vermehrbares Gut sei.

Die Leistungen des militarisierten Gesundheitswesens können in der ganzen Schweiz einheitlich über die Telefonnummer 157 81 77 beansprucht werden (Fr. 4.23/Min. inkl. MwSt.).